



**Susanne Mittag**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### **Susanne Mittag MdB: „Maryam Abbasi Nikoo muss freigelassen werden!“**

Berlin, 08.09.2023

**Susanne Mittag, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: E.415

Telefon: +49 30 22778171

Fax: +49 30 22770173

susanne.mittag@bundestag.de

**Wahlkreis:**

Arthur-Fitger-Str. 10

27749 Delmenhorst

Telefon: +49 4221 1521218

Fax: +49 4221 1521222

susanne.mittag.ma03@bundestag.de

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag übernimmt die politische Patenschaft für Maryam Abbasi Nikoo, der – wie jetzt bekannt wurde – im Iran die Todesstrafe droht.

Susanne Mittag macht deutlich: „Auch wenn über die Vergehen im Iran nicht mehr tagesaktuell berichtet wird, tun wir Abgeordneten alles, um Menschen, die um ihre Freiheit kämpfen, freizulassen. Ich habe deswegen die politische Patenschaft für Maryam Abbasi Nikoo übernommen, um Maryams und das Leben vieler anderer Gefangener im Iran zu retten. Maryam Abbasi Nikoo muss sofort freigelassen werden!“

Am 23. Juni 2023 brach der Geheimdienst der Revolutionsgarde (IRGC) mitten in der Nacht in das Haus von Maryam in Isfahan ein. Sie wollten eigentlich ihre 17-jährige Tochter Bitra verhaften, die im März 2023 gegen die Giftanschläge an Mädchenschulen protestiert hatte. Sie war dafür schon mal inhaftiert und wurde dann auf Kautionsfreilassung freigelassen. Bitra war diesmal nicht zuhause, sodass die Regimekräfte ihre Mutter Maryam mitnahmen und sie ins Gefängnis von Isfahan brachten.

Ihre Anklage rührt aus Social-Media-Aktivitäten, wofür unter anderem wegen "Prophetenbeleidigung und Blasphemie" die Todesstrafe verhängt werden kann. Sie hinterlässt zwei Kinder, die seitdem keine Kenntnis über die aktuelle Situation ihrer Mutter haben.

Ein selbst gewählter Anwalt wird ihr verwehrt. Stattdessen wird ihr ein Pflichtanwalt aufgezwungen, der vom Regime selbst ernannt worden ist.

Mittag führt weiter aus: „Gegen dieses Vorgehen möchte ich ausdrücklich protestieren, weil es rechtsstaatliche Prinzipien missen lässt! Ferner verurteile ich aufs Schärfste, dass die iranische Regierung weiter auf die Todesstrafe als Mittel der Unterdrückung



setzt. Die allgemeinen Menschenrechte dürfen im Iran nicht weiter missachtet werden.“